



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

GUTE

SCHLECHTE

BILDUNG

KOMMT UNS TEUER ZU STEHEN!

IST TEUER.





#JUBILAKO IN BRANDENBURG

Am 24. und 25. September sind viele kesse Sumsebiechen aus ganz Brandenburg ins töfite Cottbus gefahren, um das 25-jährige Bestehen der dortigen Julis zu feiern. Es gab urst fetzige Debatten und danach eine knorke Sohle auf dem Parkett der Lako-Party. Gute Gespräche, gerne wieder!





4-5

Papa regelt das schon

Eine grundsätzliche Betrachtung, woran es im deutschen Schulsystem momentan krankt. Papa und Mama sind Teil des Problems.



6-7

Digitalisierung? Ja, unbedingt!

Deutschlands Schulen sind noch nicht im Zeitalter der Digitalisierung angekommen. Doch inzwischen sollte jedem deutlich werden, warum Schulen das Angebot „Digitalisierung“ gar nicht länger ablehnen können.



20-21

Du lernst nicht für die Schule, du lernst für das Leben!?

Ein kurzer Tweet stellte im vergangenen Jahr die deutschen Lehrpläne infrage. Muss Schule Wissen vermitteln oder auf das Leben vorbereiten? Zwei unterschiedliche Positionen kommen hier zu Wort.



22-23

Bist du intelligent?

Es gibt verschiedene Arten von Intelligenz und es gibt verschiedene Wege zum Erfolg. Ein Plädoyer, dies auch innerhalb des Verbandes endlich zu realisieren.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Papa regelt das schon
- 6 Digitalisierung? Ja, unbedingt!
- 8 Wer zahlt?
- 10 Internationale Seite
- 12 Bildung „Down Under“
- 14 Warum Deutschlands beste Bildung Latein braucht
- 16 Religionsunterricht an Schulen – ja oder nein?
- 18 Wichtig ist, was am Ende rauskommt!
- 20 Du lernst nicht für die Schule, du lernst für das Leben!?
- 22 Bist du intelligent?
- 23 Impressum

EDITORIAL

Hallo, ihr Lieben!

Das neue Schuljahr hat längst begonnen, einige Bundesländer sind sogar schon wieder in den Herbstferien. Für mich hat der Ernst des Lebens aber erst vor kurzem wieder angefangen. Seit dem 10. Oktober sitze ich als Erstsemester in den Hörsälen der Universität Dresden. Meine Schulzeit hat zwar erst vor einem halben Jahr mit meinen Abiturprüfungen geendet, doch für mich hat das Thema Schule kein bisschen an Relevanz verloren. Mein Studiengang heißt nämlich „Höheres Lehramt an Gymnasien“. Ja, ganz richtig, ich werde Lehrerin – für Deutsch und Politik. Oft begegnete man mir bei Erwähnung meines Studienwunsches mit Entsetzen oder zumindest Skepsis - Schule scheint für viele kein Ort zu sein, an dem sie ihr ganzes Leben verbringen möchten. Und das hat durchaus seine Gründe.

Da nun gerade das neue Schuljahr so richtig begonnen hat, ich ganz offiziell auf dem Weg zum Lehrerberuf bin und ganz offensichtlich viele Aspekte, welche die Schule betreffen, für Unzufriedenheit sorgen, konnte ich nicht anders, als dieses Heft dem Thema „Schule“ zu widmen. Ich möchte mit euch darüber diskutieren, wie Schule aussehen muss, damit sie dem von der FDP ausgerufenen Ziel der „weltbesten Bildung“ genügen kann.

„Weltbeste Bildung“ - das ist ein ziemlich abstrakter Begriff, den es erst mit Leben zu füllen gilt. Für dieses Heft haben sich viele junge Menschen - teilweise sind sie selbst noch Schüler oder waren es bis vor kurzem - Gedanken gemacht, wie das funktionieren kann. Dabei sind die Ansätze unterschiedlich, aber allesamt sehr interessant und ich hoffe, ihr habt genauso viel Spaß an dieser Bildungsdebatte wie eine angehende Lehrerin.



Eure Laura

P.S.: Ihr erreicht mich bei Fragen oder für Anregungen und Kritik jederzeit per Mail unter schieritz@julis.de.

Papa regelt das schon



Alle

Jahre wieder rufen die Kanzlerin und ihr Kabinett die Bildungsrepublik aus. Was nach einer Jahrhundertaufgabe klingt, entpuppt sich aber nur als wohlthuende heiße Luft. Denn anstatt dringend nötige Investitionen endlich zu tätigen, sind laut dem letzten OECD-Bericht die Ausgaben im Bildungsbereich nicht gestiegen oder zumindest gleichgeblieben, sondern sogar gesunken. Hier sehen sich Eltern oft in der Pflicht: Wer selber Geld aufbringen kann und die Zeit hat, sich auch um die Ausbildung der Kinder zu kümmern, dem stehen alle Türen offen. Gerecht ist das nicht. Die Leidtragenden sind Studierende sowie Schülerinnen und Schüler – mit verheerenden Folgen für das Bildungssystem und damit für unsere Gesellschaft.

Bildung im 21. Jahrhundert

Bildung und deren Anforderungen haben sich im Laufe der Zeit oft gewandelt.

Dabei prägten die äußeren Umstände die Erwartungen der Schüler, der Lehrer und des Bildungssystems. Dieses musste sich damit auch immer wieder neu an die Herausforderungen und Ziele der Gesellschaft anpassen. So war man sich vor einigen Jahrzehnten wohl nicht mal bewusst, dass Fächer wie Informatik und Medienkompetenz Grundlagen des Lebens junger Leute werden würden. Auch werden in einer globalisierten Welt Sprachen und das Verstehen fremder Kulturen einen noch größeren Platz im Lehrplan einnehmen.

Wer früher Latein gelernt hat, um sein logisches Denken zu trainieren, der bereitet sich heute mit Spanisch möglicherweise schon auf sein Auslandsjahr in Bolivien vor. Auch der technische Bereich hat sich immens weiterentwickelt, die Möglichkeiten sind unbegrenzt. Das stellt Lehrpläne vor neue Herausforderungen, lässt sich aber an berufsorientierten Schulen oftmals mit einer engeren Verzahnung von Unternehmen und mit Praktika entzerren. Eines darf man aber als Bildungspolitiker nicht sein: Konservativ. Denn die Welt dreht sich

immer schneller, Dinge die heute noch gelten, gelten morgen oftmals zurecht nicht mehr. Der Wandel und ein ständiges Hinterfragen machen aus einer guten Bildung erst die beste Bildung der Welt.

Neue Bildungsideale – die Eltern regeln das schon

Die besten Ideen und die innovativsten Konzepte nützen aber nichts, wenn das Ganze nicht bezahlbar ist. Und genau hier nähern wir uns dem Kernproblem: Die Unterfinanzierung der Bildung. Ob das nun Schulen, Kitas oder Hochschulen sind, überall fehlt es an Geld. Da frage ich mich, wie uns das passieren konnte. Ist Bildung nicht der einzige echte Rohstoff, den wir für unsere Zukunft haben? Was ist aus all den Versprechen geworden? Wo sind die Liberalen, die auf die Straße gehen und für eine bessere Ausfinanzierung demonstrieren? Denn haben die nicht immer gesagt, selbst radikalere Libertäre, dass Bildung ein Bereich ist, in dem Steuergeld auf jeden Fall gut angelegt ist – und die Kosten für den Sozialstaat ungleich höher sind, wenn Menschen Opfer eines verkorksten Systems werden?

Daher ist es nur nachvollziehbar, dass sich viele Eltern für ihre Kinder einen Platz an der Sonne sichern wollen. Wer Geld hat, Nachhilfe bezahlt, teure Zusatzliteratur kaufen kann oder gleich auf Privatschulen wechselt, der darf sich als Gewinner zählen. Zurückbleiben die, die sich entweder Unterstützung nicht leisten können oder Eltern haben, die aufgrund ihrer Berufe nicht die nötige Zeit aufbringen können, sich nochmals Stunden individuell um die Ausbildung des Kindes zu kümmern. Gerecht ist das nicht, was sich auch in den Zahlen widerspiegelt. Kinder von Akademikern werden Akademiker, Kinder von Arbeitern werden Arbeiter. Die großartige Liberale, Hildegard Hamm-Brücher, wies auf dieses Problem schon Ende der 60er Jahre in ihrem Buch „Bildung ist kein Luxus“ hin. Getan hat sich seitdem wenig.

Akademisierungswahn schadet gleichwertigen Lebenswegen

Die Auswirkungen sind verheerend. Denn wer sich Bildung mit Geld kaufen kann, der versucht so weit wie möglich nach oben zu kommen – und verändert damit auch die Ideale der Bildung. Schnell lässt sich alles als Wahn bezeichnen, der Genderwahn, der Steuerwahn,

der Setzen-Sie-Hier-Ein-Beliebiges-Wort-Ein-Wahn, doch soweit würde ich nicht gehen. Ich sehe es auf jeden Fall als bedenklich an, wenn wir immer mehr Gymnasiasten haben, deren Stärken eigentlich im Handwerk liegen, sie aber von ihren Eltern dazu gedrängt werden, unbedingt so hoch wie möglich zu kommen. Hier richtet sich nicht die Bildung nach den Fähigkeiten des Kindes, sondern die Kinder richten sich nach fremdgesteckten Bildungszielen. So wird aus gutgemeinter Förderung schnell Enttäuschung, während es uns gleichzeitig an anderer Stelle fehlt: Fachkräfte werden gesucht, viele Betriebe finden keine Auszubildenden mehr, die mittelständische Wirtschaft ist unsexy geworden, man fühlt sich in politischen Debatten als Bildungsverlierer.

Freiheit ganz oder gar nicht

Letztendlich muss man sehen, welche Stellschrauben gedreht werden müssen. Sicher nicht erst in der Oberstufe, sondern direkt dort, wo sich der Lebensweg der Kinder zum ersten Mal entscheidet. Nach der Grundschule wäre wohl der richtige Zeitpunkt. Dort geben die Lehrer den Schülern oftmals eine Empfehlung mit. Es stellt sich die Frage: Sind die Eltern wirklich die, die am besten für ihr Kind entscheiden können? Oder sind es die Lehrer, die das Kind tagtäglich im Unterricht begleiten. Sollte die Entscheidung der Lehrer für das Kind bindend sein – und Fehlentscheidungen vermeiden? Oder haben die Eltern das Recht, selbstständig für ihr Kind zu handeln? In Bayern gab es dazu eine Klage, die auch in einem Gutachten analysiert wurde. Prinzipiell steht im Grundgesetz, dass die Eltern das letzte Wort haben. Die Entscheidung dürfte dann auch die Frage nach dem Home Schooling aufwerfen. Vielleicht auch eine innovative Idee, der Bildungsungerechtigkeit zu entkommen. Wir werden sehen, wie sich unser Bildungssystem in den nächsten Jahren entwickelt. Noch besser wäre es aber, wenn wir sie aktiv mitgestalten würden.



JOHANNES DALLHEIMER (22)

studiert Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg und ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen. Ihr erreicht ihn unter dallheimer@julius.de

Digitalisierung? Ja, unbedingt!



**Während digitale Neuerungen in nahezu alle Lebensbereiche vorge-
drungen sind, gleichen unsere Schulen einem gut konservierten Histo-
rienmuseum.**

An der David A. Boody School in New York hat man den Mathematikunterricht revolutioniert. Seit die „School of One“ der Organisation „New Classrooms“ hier Einzug gehalten hat, wird Bruchrechnen und Differenzieren nicht mehr mithilfe von Schulbüchern und Frontalunterricht vermittelt. Aus 80.000 Lerneinheiten wurden 10.000 aufbereitet und digitalisiert, den Schülern stehen nun individuell verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, den Lernstoff zu verinnerlichen: Vom Live-Unterricht über die Gruppenarbeit bis zum Online-Tutor – jeder in seiner eigenen Geschwindigkeit. Am Ende des Tages legen sie einen „Exit-Slip“, eine kurze Abschlussprüfung ab, deren Ergebnisse digital ausgewertet und inklusive eines für jeden Schüler personalisierten Lehrplans an den Lehrer weitergegeben werden.

Die Schule in multi-kulturellem und sozial prekärem Umfeld (80 Prozent der Schüler haben hier Anspruch auf ein „Free Lunch“) konnte sich im Vergleich zu den umliegenden Schulen deutlich verbessern: 2011 lagen die Sechstklässler noch unter dem Durchschnitt vergleichbarer Schulen in New York City, 2013 – nach dem Einzug von „School of One“ – waren dieselben Schüler bereits um 11 Prozent besser als der Schnitt.

Bildung muss in der Zukunft ankommen

Das alles klingt nach weit entfernter Zukunft und schaut man sich die meisten Schulen in Deutschland an, ist es das auch. Obwohl nach und nach von den Landesregierungen Mittel für die Digitalisierung der Schulen freigegeben werden, findet der Großteil des Unterrichts noch in der Kreidezeit statt. Als zeitgemäße Speichermedien werden in Informatiklehrbüchern Disketten statt Clouds angepriesen. Neben mangelnden Kenntnissen der Lehrkräfte bestimmen vor allem Angst vor den „Kehrseiten der Technik“ die Debatten. Gibt es dann doch einmal neuere Lehr- und Lernmittel wie Smart Boards oder Tablets, werden diese selten bis gar nicht eingesetzt oder scheitern an Quantität („bring your own device“ ist verpönt), Qualität (ja, auch Laptops sind nach fünf Jahren veraltet) oder einer unzureichenden IT-Infrastruktur.

Dabei kann die Digitalisierung die Art und Weise unseres Lernens sehr bereichern. Bildung und Wissen steht in einer digital vernetzten Welt immer mehr Menschen zur Verfügung. Maßgeschneidertes Lernen ist außerhalb der Schule schon jetzt mit Apps und Onlinediensten möglich. Lernpläne, die auf den einzelnen Schüler abgestimmt sind, Veranschaulichungen mithilfe von Smart Boards, Vernetzung der Schüler untereinander und zwischen Schülern und Lehrern, leichte Schultaschen dank eBooks, gezielter Einsatz von eLearning-Plattformen – kommt das irgendwann noch oder dürfen wir uns davon aufgrund zu großer Bedenken schon jetzt verabschieden?

Wie immer – zu viel »German Angst«

Was man in den politischen Diskussionen zu diesem Thema leider allzu oft erlebt, ist die nur zu gut bekannte und viel zitierte „German Angst“.

Nachteile werden öfter bemüht als Vorteile. Das führt zu hanebüchenden Diskussionen wie die mit dem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, der sich allen Ernstes gegen eine langfristige Einführung von Tablets beziehungsweise eBooks im Unterricht aussprach – mit dem Argument, die sächsische Schulbuchindustrie vor dem Bankrott schützen zu müssen.

Neben solchen „Ängsten“ gibt es jedoch auch ernstzunehmende Bedenken. Eines davon ist, dass es Schulen, gerade im ländlichen Raum, oftmals an der notwendigen Breitbandanbindung mangelt. Auch ist die Frage des Datenschutzes bei Online-Diensten eine, die viele Menschen umtreibt. Hier muss eine entsprechende politische Rahmensetzung erfolgen.

Digitalisierung ist längst nicht mehr bloß ein Angebot

Was jedoch nicht geht, ist, aufgrund solcher Bedenken den Einzug von technischen Neuerungen – die ja im Alltag nicht einmal mehr Neuerungen sind – in das Schulwesen zu blockieren. Man gewinnt in den Debatten hierzulande bisweilen den Eindruck, die Digitalisierung sei ein Angebot, welches man auch ablehnen kann. Eines sei klargestellt: Natürlich kann man es ablehnen; alternativlos ist nichts. Nur geht dieses Ablehnen (man könnte auch Blockieren sagen) mit negativen Konsequenzen einher. Während in vielen Staaten – gerade auch in ärmeren Regionen – in ein zukunftsfähiges Bildungswesen investiert wird, glauben wir, mithalten zu können, indem wir unsere Schulen in dem Zustand von vor 50 Jahren belassen. Dabei laufen wir Gefahr, im internationalen Vergleich weiter zurückzufallen und Innovationen – wieder einmal – anderswo entwickeln zu lassen.

Statt dem Irrglauben von der Konservierung des Schulsystems zu unterliegen, muss spätestens jetzt die Diskussion geführt werden, wie man die digitalisierte Schule bestmöglich gestaltet. Es bedarf rechtlicher Rahmenbedingungen, gerade im Bereich Datenschutz. Es bedarf einer Debatte, inwieweit digitale Endgeräte von staatlicher Seite gestellt werden müssen beziehungsweise inwieweit sie vorausgesetzt werden dürfen. Und es bedarf Klarheit darüber, wie Apps und eLearning-Plattformen im Unterricht gezielt eingesetzt werden können und wo die neu zu definierende Rolle des Lehrers liegt.

Es geht also nicht um die Frage, ob die digitalisierte Schule gut oder schlecht ist – es geht darum, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um den notwendigen Wandel positiv zu vollziehen. Denn indem wir das tun, bietet sich uns die Möglichkeit zur größten Revolution im Schulwesen seit der Preußischen Gymnasialordnung. Es wäre an der Zeit.



CHRISTOPH MARTENS (19) hat im Juni sein Abitur bestanden und war seit 2014 im Landesschülerrat aktiv. Er ist im Bundesarbeitskreis Bildung und Innovation zuständig für den Unterausschuss Schulpolitik. Ihr erreicht ihn unter per Mail unter christophmartens96@gmail.com



Wer zahlt?

Bildung in Deutschland ist derzeit vor allem eins: Chronisch unterfinanziert. Die Kölner Bildungspolitik steht symptomatisch für kommunales Mismanagement – aber auch Ländern und Bund ist Versagen vorzuwerfen. Ein Plädoyer für die Abschaffung des Bildungsföderalismus am Beispiel einer wachsenden Millionenstadt, die ihren bildungspolitischen Aufgaben kaum noch nachkommt.

Wenn ganze Schulhöfe mit Kot und Urin überschwemmt werden, weil kaputte Toiletten nicht repariert werden. Wenn Schüler verzweifelt nach einem funktionierenden Oberlichtprojektor suchen. Wenn Ganztagschulen jahrelang auf eine vernünftige Mensa warten. Und wenn Kinder in Winterjacken im Unterricht sitzen, weil wieder Heizungen ausgefallen sind – dann ist das Alltag an vielen Kölner Schulen. Wie schlecht die kommunale Bildungslandschaft finanziell ausgestattet ist, zeigt sich an allen Ecken und Enden. Doch statt mehr Geld bekommen die Schulen nur immer neue Aufgaben.

Beispiel Flüchtlingskinder. Hier sind unsere Schulen in den nächsten Jahren stark

gefordert: Es müssen weitere internationale Vorbereitungsklassen geschaffen werden, die eine besondere Ausstattung benötigen. Da die Verständigung in diesen Klassen aufgrund der unterschiedlichen Herkunftsländer der Kinder oft schwierig ist, brauchen die zuständigen Lehrer einen Internetzugang und Übersetzungsprogramme. In Köln sind aber nicht alle Schulen mit genügend Computern ausgestattet, geschweige denn mit Wlan. Es wird also improvisiert – wie so oft, wenn das Geld fehlt.

Beispiel Digitalisierung. Nicht nur in den Flüchtlingsklassen lässt die technische Ausstattung zu wünschen übrig. In Zeiten von Smartphone und Tablet müssten digitale Medien auch an den Schulen verstärkt Einzug halten, damit Schüler einen kompetenten Umgang mit der Technik lernen und Lehrer ihren Unterricht fortschrittlicher gestalten können. Verglichen mit anderen Ländern hat Deutschland hier großen Nachholbedarf. Wie es in Köln klappen soll, alle Schulen mit Wlan, Beamern und Tablets auszustatten? Man weiß es nicht – schließlich fehlt das Geld.

Beispiel Inklusion. Kinder mit Behinderungen oder Lernproblemen kommen inzwischen

häufiger an Regelschulen – aber viele Schulen sind auf die besonderen Bedürfnisse der Förderschüler gar nicht eingestellt. Es fehlen behindertengerechte Toiletten, Rampen für Rollstuhlfahrer und zusätzliche Räume für zieldifferenziertes Unterrichten. Am Elisabeth-von-Thüringen Gymnasium in Köln-Sülz etwa werden schon lange Kinder inklusiv unterrichtet, darunter auch körperbehinderte. Um diesen den Weg in die Sporthalle zu ermöglichen, musste die Schule jedoch erst bei einer Sonderausgabe der RTL-Quizshow „Wer wird Millionär“ teilnehmen – so kam das Geld für den Umbau dann doch noch zusammen.

Die Kommunen sind überfordert

Jüngst wurde in Köln ein Inklusionsmonitoring veröffentlicht – der dritte Bericht zur Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen. Interessant ist an diesem Bericht vor allem das, was nicht drinsteht: Nämlich, welche Qualitätsmängel der Unterricht an den Inklusionsschulen aufweist. Gravierende Probleme und wichtige Fragestellungen werden somit gar nicht erst thematisiert. Stattdessen geht es ausschließlich um Quantität. So wird etwa



gelobt, dass sich die Durchlässigkeit zwischen Regel- und Förderschulsystem weiter in die „gewünschte Richtung“ entwickelt habe – nämlich Richtung Regelschulen. Dass an einigen Schulen an guten Unterricht und an individuelle Förderung nicht mehr zu denken ist, weil etwa spezielle Fördermittel oder Integrationshelfer fehlen, wird vor allem vonseiten der rot-grünen NRW-Landesregierung schlichtweg ignoriert. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Eine Segregation behinderter Kinder darf nicht sein und eine qualitativ hochwertige Inklusion wäre sicherlich wünschenswert. Im Moment jedoch gibt es für die Inklusion viel zu wenig finanzielle Unterstützung, sie wird quasi mit dem Brecheisen durchgesetzt. Und es ist am Ende, wie leider so oft: Der Bund beschließt, das Land zieht nach, die Kommunen setzen um – und sollen zahlen. So müsste die Stadt Köln als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der Sozialhilfe, des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Schulpsychologie sowie des Betriebes von schulischen Ganztagsangeboten einen wesentlichen Teil zur Qualitätsverbesserung der Inklusion an Kölner Schulen beitragen. Etwa durch Einstellung von Schulpsychologen und

Schulsozialarbeitern. Aber das Geld fehlt. Und das Land? Winkt ab. Dieses Problem zwischen Ländern und Kommunen wird durch die vielen neuen Herausforderungen nicht geringer.

Als wachsende Stadt hat Köln viel Arbeit vor sich. Schätzungsweise 16 neue weiterführende Schulen müssen bis 2030 gebaut werden. Nur: wer soll eigentlich bauen? Die Gebäudewirtschaft Köln sucht händeringend Personal, über 80 Stellen sind aktuell vakant. Das führt dazu, dass dringend notwendige Renovierungsarbeiten an Schulen aufgeschoben werden. Eine Übersicht aller (bereits beschlossenen!) Schulbaumaßnahmen zeigt, dass zum Teil Vorhaben von 2007 immer noch nicht umgesetzt werden konnten. Die dringend benötigten Architekten mit finanziellen Anreizen locken? Unmöglich. Kein Geld.

Aktuell wird der Investitionsbedarf allein an Kölner Schulen auf circa eine Milliarde Euro geschätzt. Was an dieser Stelle bereits klar ist: Köln hat angesichts knapper Kassen nicht viel Spielraum. Auf Investitionen im Bildungsbereich kann und darf man jedoch nicht verzichten. Natürlich muss die Stadt Köln – auch unter der neuen Führung von Oberbürgermeisterin

Henriette Reker – vieles verändern und besser machen. Klüger wirtschaften, Ausgaben priorisieren und Bildung voranstellen. Und damit endlich wieder Schulen gebaut – und vor allem fertig gebaut – werden, müssen verstärkt Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft ins Auge gefasst werden.

Die deutsche Bildungslandschaft muss sich verändern

Klar ist aber auch, dass Köln und viele andere Städte den wahnsinnigen Investitionsstau nicht allein in den Griff kriegen kann. Auch die Länder sind gefordert. Schnellstmöglich muss dafür gesorgt werden, dass die Finanzierungsprobleme gelöst werden und Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, statt sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben und darüber zu streiten, wer welche Rechnungen zahlt. Wenn große Veränderungen in der Schullandschaft gewollt werden, muss dafür auch das Geld in die Hand genommen werden, um die Qualität der Bildung und Bildungseinrichtungen zu steigern.

Vor allem aber müssen wir eines doch endlich einsehen: Wenn Deutschland wettbewerbsfähig bleiben will, müssen wir auch vonseiten des Bundes verstärkt in unsere Kinder und Jugendlichen investieren. Der Bildungsfederalismus gehört abgeschafft. Denn funktionierende Heizungen, gutes Essen im Ganztags oder saubere Toiletten sind Mindeststandards, die nicht unterschritten werden dürfen. Und die Zukunftschancen eines Kindes dürfen nicht davon abhängen, wo es aufwächst – in einer verschuldeten Kommune wie Köln oder in einer Kommune mit ausgeglichenem Haushalt wie Düsseldorf. In Bayern und Sachsen oder in NRW und Brandenburg. Bildung muss eine gesamtdeutsche Aufgabe sein.

Bildung ist der Schlüssel zu allem. In Bildung zu investieren lohnt sich nicht nur für den Einzelnen. Letztlich profitieren wir alle. Nichts würde sich mehr lohnen.



MARIA KATHARINA WESTPHAL

(32) ist Oberstudienrätin am Kölner Heinrich-Heine-Gymnasium. Für die Freien Demokraten ist sie im Ratsausschuss für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln aktiv und ist Mitglied des Kreisvorstandes der FDP Köln. Ihr erreicht sie per Mail unter maria.westphal@fdp-koeln.de

Wahl von LYMEC und IFLRY Delegierten auf dem 51. Bundeskongress

LYMEC – was ist das eigentlich?

Das „**Liberal and Radical Youth Movement of the European Community**“ wurde 1976 gegründet. Mittlerweile heißt die Jugendorganisation aber „**European Liberal Youth**“. Das Akronym „**LYMEC**“ ist trotzdem geblieben.

LYMEC ist der Dachverband von über 50 liberalen europäischen Jugendorganisationen sowie die Jugendorganisation der ALDE-Party, der „**Alliance of Liberals and Democrats in Europe**“. LYMEC steht der gleichnamigen ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament dementsprechend nahe.

Alle zwei Jahre wird im Frühjahr der Vorstand bestehend aus President, Vice President, Treasurer und vier Bureau Members gewählt.

Wie funktioniert die politische Arbeit von LYMEC?

Im Frühjahr und Herbst finden die internationalen Kongresse statt. Die Jungen Liberalen sind nach der bulgarischen YMRF eine der größten Mitgliedsorganisationen und entsenden neun Delegierte. Die Beschlüsse des Kongresses werden dann in die ALDE-Partei beim jährlichen Parteitag hineingetragen. Eine Besonderheit ist, dass LYMEC als Jugendorganisation zehn Delegierte zum Parteitag der Mutterpartei entsendet. Ein Antrag, der auf einem JuLi-Bundeskongress beschlossen wurde, kann so also über LYMEC und die ALDE bis ins Europäische Parlament gelangen.

Was veranstaltet LYMEC sonst so?

Zu den Aktivitäten und Seminaren gehören zum Beispiel spezielle Treffen wie das jährliche „**Young Leaders Meeting**“, bei dem die Vorsitzenden der Mitgliedsorganisationen zusammenkommen und ihre Erfahrungen austauschen. Desweiteren gibt es Veranstaltungen, die junge Kommunalpolitiker aus ganz Europa oder die Pressesprecher der Organisationen zusammenbringen, um sich auszutauschen und weiterzuentwickeln.

Zudem publiziert LYMEC regelmäßig Essays zu Themen, die aktuell die europäische Jugend bewegen. Neben diesen Veranstaltungen arbeiten „**Working Groups**“ über digitale Kanäle in verschiedenen politischen Bereichen, erarbeiten Anträge und Positionspapiere und unterstützen so den Vorstand bei seiner Arbeit.

We want you for Europe!

Alle JuLi-Mitglieder sind auch LYMEC-Mitglieder und können durch eine Bewerbung beim International Officer an Seminaren und Veranstaltungen von LYMEC teilnehmen. Zudem steht auch die Mitarbeit in den „**Working Groups**“ allen JuLis offen. Lediglich die Teilnahme an den Kongressen ist nur für gewählte Delegierte möglich. Diese werden jährlich auf dem Bundeskongress im Herbst für das darauffolgende Jahr gewählt. LYMEC-Delegierte sollten gutes Englisch sprechen und

Interesse an europäischen und außenpolitischen Themen haben. Denn wenn Du delegiert bist, vertrittst Du die JuLis und ihre Programmatik. Im Vorfeld heißt das dann Antragsberatung, Änderungsanträge schreiben und sich am Kongress in die Debatte stürzen.

Klingt cool, aber Du fragst Dich, ob Du Dir das leisten kannst?

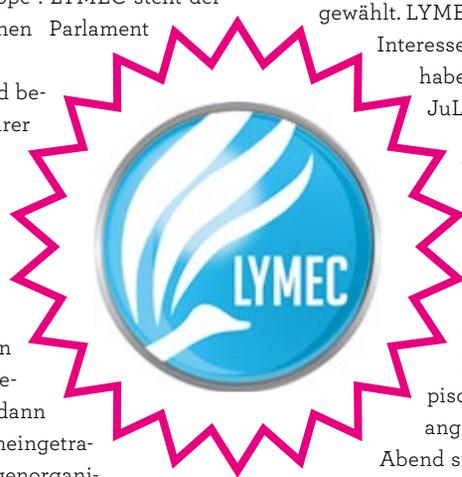
Wenn Du nach intensiven Debatten gerne noch ein Bierchen trinken gehst, wirst Du auch nicht zu kurz kommen. Die Cultural Evenings, an denen typische Spezialitäten aus den Ländern der Teilnehmer angeboten werden, oder die Farewell Party am letzten Abend sind legendär. Doch – was kostet das? Die meisten LYMEC-Seminare haben keinen Teilnahmebeitrag und beinhalten Übernachtung und Verpflegung, sodass nur Fahrtkosten anfallen, die aber zum Teil durch die Fahrtkostenerstattung der Julis übernommen werden. Bei Kongressen fällt in der Regel ein Teilnahmebeitrag vom 120 bis 150 Euro an.

Du willst mehr wissen?

Dann klick Dich doch mal auf www.lymec.eu durch, abonniere den Newsletter oder folge LYMEC auf Facebook, Instagram oder Twitter.



Bei Fragen kontaktiere einfach unseren International Officer Katharina Schreiner (schreiner@julis.de) oder LYMEC Vice President Svenja Hahn (svenja@lymec.eu).



Junge Liberale gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien, dem Senegal, Nepal, Kanada, Marokko oder Paraguay. Eine Plattform zur Vernetzung und zum Beschluss gemeinsamer Positionen bieten die beiden internationalen Dachverbände LYMEC und IFLRY. Traditionell wählen die JuLis am Sonntag des Herbst-BuKos ihre Delegierten für beide Verbände. Damit Du eine bessere Übersicht hast, gibt es heute ein LYMEC und IFLRY Special. Dies wollen wir euch heute als Internationales Komitee zeigen. Viel Spaß beim Lesen.
Eure Katharina



NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.

IFLRY – was ist das eigentlich?

1979 als „International Federation of Liberal and Radical Youth“ gegründet, heißt IFLRY heute „International Federation of Liberal Youth“. Das alte Akronym blieb aber auch hier bestehen.

Als Dachorganisation von über 60 liberalen Jugendorganisationen weltweit bündelt und repräsentiert IFLRY jungliberale Interessen in der Öffentlichkeit, lobbyiert für diese in „Liberale International“, einem Netzwerk liberaler politischer Parteien weltweit, im „United Nations Economic and Social Council“ und auf der „United Nations Climate Change Conference“.

Der Vorstand besteht aus President, Secretary General, Treasurer und vier Vice Presidents. Er wird alle zwei Jahre gewählt.

Wie funktioniert die politische Arbeit von IFLRY?

Im Frühjahr findet die „General Assembly“ statt, sie ähnelt unserem Bundeskongress. Die Mitgliedorganisationen können entsprechend ihrer Stimmgewichte Delegierte entsenden. Die JuLis haben mit sechs Delegierten das maximal mögliche Stimmrecht. Die „General Assembly“ ist das Herzstück der politischen Arbeit. Hier wird die Programmatik und die Richtung des Verbandes bestimmt. Daneben gibt es das „Executive Committee“. Dieses Gremium besteht aus jeweils einem Repräsentanten aus jeder Mitgliedsorganisation und dem IFLRY-Vorstand. Es trifft sich zwei Mal jährlich und trifft politische Entscheidungen im Rahmen der Vorgaben der „General Assembly“.

Was veranstaltet IFLRY sonst so?

Neben den offiziellen Versammlungen veranstaltet IFLRY verschiedene Seminare zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Meistens finden sie im Rahmen eines „Programmes“ statt, um – genau wie unsere Bundesarbeitskreise – programmatische Inhalte auszuarbeiten. Alle „Programmes“ werden von ihren „Programme Managern“ und

Mitgliedern selbst organisiert. Eine weitere wichtige Aufgabe von IFLRY ist die Koordination und Vernetzung von grenzübergreifenden politischen Aktionen.

Wish you were here!

Als JuLi-Mitglied bist Du automatisch auch IFLRY-Mitglied. Alle JuLi-Mitglieder können sich beim International Officer bewerben, wenn sie Interesse haben, an einem der IFLRY Seminare teilzunehmen. Auch die Mitarbeit in den Projekten steht allen JuLis offen. So gibt es

Programme wie „Belarus & Ukraine“, „Climate Change“, „Gender Equality“, „Free Trade“ oder „Human Rights“.

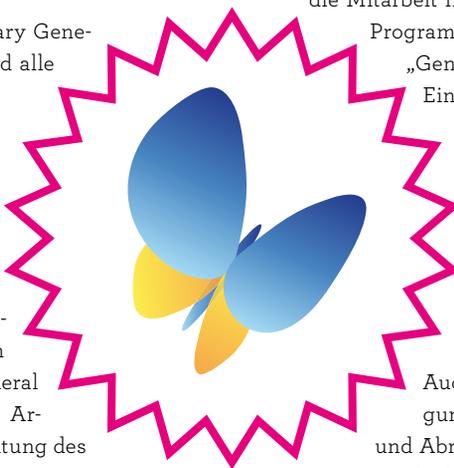
Ein weiteres besonderes Projekt ist „Libel“, ein liberaler Blog über internationale Themen, an dem jedes IFLRY-Mitglied mitwirken kann. An der „General Assembly“ und dem „Executive Committee“ können nur auf dem Bundeskongress gewählte Delegierte teilnehmen.

Klingt cool, aber Du fragst Dich, ob Du Dir das leisten kannst?

Auch bei IFLRY sind die Seminare inklusive Verpflegung und Übernachtung kostenlos und nur die An- und Abreise müssen selbst gezahlt werden. Auch hier gibt es aber Fahrtkostenerstattung von den JuLis. Die Teilnahmebeiträge für die „General Assembly“ und das „Executive Committee“ liegen in der Regel bei 120 bis 150 Euro.

Du willst mehr wissen?

Dann klick Dich doch mal auf www.ifry.com durch, abonniere den „Libel“ oder folge IFLRY auf Facebook, Instagram oder Twitter. Bei Fragen kontaktiere einfach unseren International Officer Katharina Schreiner (schreiner@julis.de) oder **IFLRY-Vice President Sven Gerst** (sven.gerst@ifry.org).





**Bildung
"Down Under"**

Weltbeste Bildung – das ist ein abstrakter Begriff. Ohne Zweifel kann man ihn nur dann definieren, wenn man in einer globalisierten Welt auch die globale Konkurrenz in Sachen Bildung betrachtet.

Wann beginnen Kinder in anderen Ländern zur Schule zu gehen? Ab welchem Alter verlassen sie die Schule wieder? Wie sehen die Lehrpläne und Fächer aus? Und wie geht man auf die Individualität eines jeden Menschen in der Schule ein? Hier müssen wir uns mit verschiedensten Ländern vergleichen lassen und eines dieser Länder ist Neuseeland.

Neuseeland hat in der letzten PISA-Studie 2012 in jeder der drei Hauptkategorien den OECD Durchschnitt um sechs bis vierzehn Punkte überschritten und das war verglichen mit den Ergebnissen der Studie 2009 (23 bis 31 Punkte) noch ein schlechtes Abschneiden. Die neuseeländische Bildung kann also in jedem Fall als überdurchschnittlich angesehen werden.

Neuseeland nimmt die Digitalisierung ernst

Die Einschulung in Neuseeland erfolgt meistens im Alter von fünf Jahren. Obwohl erst mit sechs Jahren eine Schulpflicht besteht, nimmt ein Großteil der Familien das Angebot wahr, ihre Kinder in das sogenannte „Year 0“ zu schicken, dass erstmal alle Schüler unabhängig vom Geburtsdatum aufnimmt, DAMIT diese sich an die Umgebung Schule gewöhnen können, ohne dass ihnen gleich hohe Anforderungen gestellt werden. Die eigentliche Grundbildung startet anschließend in „Year 1“ und setzt sich acht weitere Jahre fort, wobei die letzten beiden Jahre gesondert sind und gezielt auf die „Secondary School“ vorbereiten.

Als ich das erste Mal eine staatliche neuseeländische Grundschule von innen sah, dachte ich in einer Privatschule gelandet zu sein – so gut war die Ausstattung. Seit Jahren unterrichtet man selbst die Jüngsten nicht mehr an der Kreidetafel, sondern an modernen Whiteboards sowie an PCs und Tablets. Gleichzeitig mit dem Lesen und Schreiben der anlogenen Schrift wird auch das Tippen erlernt und ab „Year 2“ werden grundsätzliche Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet, später auch Sicherheitstipps gegen Viren oder Datenklau, vermittelt. Genauso wird das Arbeiten mit Word, PowerPoint und Co. trainiert. Hier wird Digitalisierung ernst genommen.

Deutsche Grundschulen dagegen gelten hierzulande schon als Vorbild, wenn sie überhaupt Computerräume haben und immer noch ist es in den meisten Fächern problemlos möglich, bis und durch das Abitur zu kommen, ohne jemals eine Excel-Tabelle erstellt, eine Präsentation gestaltet oder einen Text am Computer geschrieben zu haben.

Weltoffenheit und Eigenverantwortung im Lehrplan

Doch das ist auch nur ein Bereich von vielen, in dem uns Neuseeland voraus ist. Nach dem Unterricht können die Schüler zahlreiche von den Schulen eingerichtete Leistungs- und Freizeitsportangebote nutzen. Auch der Sportunterricht ist so breit aufgestellt wie nur möglich. Ob Kanufahren, Schwimmen in der Natur oder auch einfaches Joggen durch den Park – gelangweilt in einer Halle sitzt hier niemand. Darüber hinaus spielen auch alltägliche Dinge wie Grundlagen im Handwerken, Kochen oder eine gesunde Ernährung im Schulalltag eine Rolle. Es wird Zeit ein-

geräumt, die verschiedensten Kulturen in und außerhalb von Neuseeland kennenzulernen und zu verstehen, wie verschiedene Menschen auf der ganzen Welt auch verschiedene Ansichten auf die Welt haben.

Obwohl das alles natürlich schöne und sinnvolle Ergänzungen zum klassischen Unterricht sind, ist dieser weiterhin die Basis und die Vorbereitung auf die „Secondary School“. Das Lernen verschiedenste Sprachen wie Französisch, Chinesisch, Japanisch, Deutsch oder Spanisch sowie die Naturwissenschaften und Mathe sind bis zur achten Klasse die Schwerpunkte im Unterricht.

Bereits ab dem „Year 6“ kann aber schon ein großer Teil des Stundenplans selbst von den Schülern gewählt werden, da man ihnen im Gegensatz zu den Schulen hierzulande zutraut, ihre eigenen Stärken und Schwächen zu erkennen und man ihnen darüber hinaus auch erlaubt, diese auszuprägen.

Am Ende der „Primary Education“ stehen nach acht Jahren knapp Vierzehnjährige, die eben nicht nur Dreisätze rechnen, Gedichte interpretieren oder Dialoge auf Fremdsprachen führen können. Dort stehen Menschen, Menschen, die Dübel in Wände hämmern, Kanu fahren oder ein Omelett zubereiten können. Menschen, die aber vor allem auch wissen, was sie wollen.

Einheitsschule, nicht Einheitsbrei

Auf die „Primary Education“ folgt die „Secondary Education“ von „Year 9“ bis „Year 13“. Dabei stellen die letzten drei Jahre jeweils ein Level des neuseeländischen Schulabschlusses NCEA (National Certificate of Educational Achievement) dar, sozusagen unsere Oberstufe. Mit dem Abschluss im „Year 13“ erhält man demnach „NCEA Level 3“, das von den deutschen und anderen europäischen Universitäten wie ein Abitur behandelt wird.

Ab „Year 9“ in der „Secondary School“ fällt die Fächerwahl eines jeden Schülers nahezu komplett in dessen Hände. Englisch und Mathe sind vorgegeben, die anderen vier Fächer wählt der Schüler komplett frei aus einem großen Pool, in dem neben Gesellschafts- und Naturwissenschaften auch Tanzen, Theater, Holz- und Stahlhandwerken zu finden sind. Außerschulisch gibt es auch hier viele Möglichkeiten sich in Sport, Kunst oder Theater einzubringen. Viele Schulen organisieren außerdem regelmäßig Fahrten von Clubs oder bestimmten Fächern aus in verschiedene Länder der Welt. Zudem ermöglichen die Schulen ihren Schülern Auslandsaufenthalte und ermutigen sie dazu, auch andere Länder und Kulturen kennenzulernen.

Die Einheitsschule in Neuseeland ist durch ihre vielen inneren Wahlmöglichkeiten viel mehr in der Lage, zu differenzieren und den Schüler Stärken ausbauen zu lassen als es unser Schulsystem kann. Die beste Art, individuell zu fördern, ist, jedem Schüler die Freiheit zu lassen, den eigenen Weg zu gehen, Entscheidungen zu treffen und Eigenverantwortung zu übernehmen. Diese Eigenverantwortung für die persönliche Bildung in die Hände des Einzelnen zu legen und jedem Menschen Werkzeuge und Erfahrungen mit auf den Weg zu geben, Entscheidungen aller Art zu treffen – das ist für mich ein Schritt zu weltbesten Bildung. Importiert aus Neuseeland.



LEONARD KERN-WAGNER (16) kommt aus der Region Düsseldorf, war jedoch in der ersten Hälfte dieses Jahres für einen Auslandsaufenthalt in Neuseeland. Ihr erreicht ihn unter leonardkernwagner@gmail.com

Per aspera ad astram*

Warum Deutschlands beste Bildung Latein braucht

** Durch das Raue zu den Sternen*



Latein. Das hört sich für viele wie eine Qual an. Vokabeln, von denen die Hälfte töten bedeutet. Konjugationen, bei denen es mehr Ausnahmen als Regelmäßigkeiten gibt. Deklinationen mit dem nervigen Ablativ. Dieses elende Auswendiglernen. Und das alles für eine Sprache, die nicht einmal gesprochen wird! Und trotz alledem ist Latein aktueller und wichtiger denn je.

Immer mehr Gymnasien bieten Latein nicht mehr als zweite, sondern erst als dritte Fremdsprache an. Und wenn die Schüler bereits das Vergnügen mit Englisch und Französisch oder Spanisch haben, entscheiden sich viele von ihnen gegen Latein. Das ist ein gravierender Fehler. Lateinunterricht sollte viel früher einsetzen, am besten als zweite Fremdsprache.

Latein ist nützlich

Denn wenn man die lateinische Grammatik beherrscht, ist es einfacher, den Subjonctif im Französischen oder die Zeitform des Indefinito im Spanisch zu verstehen. Wer Latein lernt, setzt sich mit einem vielfältig gegliederten grammatischen System auseinander. Das trainiert den analytischen Blick für das Funktionieren von Sprachen. Das, was dadurch erlernt wird, hilft nicht nur beim weiteren Lernen von anderen romanischen Sprachen, sondern bei jeder weiteren modernen Fremdsprache. Latein zeigt den Schülern, wie man sich ausdrückt, wie man bewertet, wie man reflektiert. Das alles sind Eigenschaften, die auch im späteren Leben – egal welcher Beruf ausgeübt wird – eine große Rolle spielen.

Durch das Lateinische lernt man die deutsche Grammatik kennen. Oder kann mir irgendjemand von euch, der niemals den Lateinunterricht besucht hat, die verschiedenen Formen des Konjunktivs im Deutschen erklären? Gerade in der heutigen Zeit, in der wir versuchen, vielen Geflüchteten die deutsche Sprache näherzubringen, ist es wichtig, dass auch Muttersprachler die Grammatik beherrschen. Es gibt empirische Studien, die belegen, dass Migrantinnen und Migranten, die in der fünften Klasse begonnen haben, das Lateinische zu erlernen, einen besseren Schulabschluss erlangt haben als diejenigen, die kein Latein gelernt haben. Da im Lateinischen die präzise Übersetzung ins Deutsche verlangt wird, werden Schülerinnen und Schüler dazu angeregt, möglichst passende Formulierungen zu fin-

den. Das Ausdrucksvermögen für die deutsche Sprache wird somit geschult und gestärkt – und es hat sich für noch niemanden zum Nachteil herausgestellt, die deutsche Sprache einwandfrei zu beherrschen.

Latein ist zeitlos

Zudem ist auch die Geschichte hinter den lateinischen Texten aktuell. Schließlich kann man die ersten Grundzüge der Demokratie betrachten (was natürlich mit altgriechischen Texten noch besser funktioniert, aber das ist eine andere Sache) und auch aktuelle politische Themen wie die Flüchtlingssituation wurden schon von römischen Autoren aufgegriffen, um Lösungen zu suchen.

Durch Latein erlangen Schülerinnen und Schüler nicht nur einen Einblick in das Leben der Römer und die Kenntnis der Sprache, es wird auch Bildung vermittelt. Die Bildung der Römer – denn damals gab es schon Diskussionen darüber, wie denn das ideale Leben auszusehen hat und mit welcher intellektuellen Mühe man seine Freizeit verbringt.

Der „Tod“ der lateinischen Sprache brachte in den Jahrhunderten nach der Spätantike einen außerordentlich großen Vorteil für den Wissenserwerb und die Verständigung. Selbst wenn man heute schon Probleme hat den Inhalt von Schillers „Kabale und Liebe“ oder Shakespeares „A Midsummer Night's Dream“ zu verstehen, kann man ohne Probleme mit ausreichenden Lateinkenntnissen Ciceros Anklageschriften oder die Metamorphosen des Ovids verstehen. Zudem kann man aber auch mittelalterliche Schriften wie die des Comenius oder Erasmus ohne Probleme übersetzen. Latein deckt also wichtige wissenschaftliche Schriften ganzer Jahrhunderte ab.

Aber Latein ist nicht nur in Bezug auf die geschichtlichen Leistungen der Römer und den positiven Einfluss auf das Sprachgefühl wichtig. Auch politisch betrachtet eignen sich lateinische Texte sehr gut, um mit den Schülerinnen und Schülern über gesellschaftliche

Misstände oder Konflikte zu diskutieren. Ein Beispiel dafür ist Ciceros „De officiis“. In diesem Werk beschäftigte er sich unter anderem mit den Grundlagen des menschlichen Handelns vor allem in Bezug auf den Staat. Durch lateinische Texte wie diesen ergeben sich neue Perspektiven auf Philosophie, Ethik, Religion, Gesellschaft, Kultur und Politik. Diese Themen werden in anderen Unterrichtsfächern nicht einmal ansatzweise behandelt. Die alten Römer vermitteln durch ihre Texte Werte und Normen, die auch heute noch aktuell sind.

Latein vermittelt Werte

In den Schulen wird immer mehr Funktionswissen vermittelt, das Bildungswissen bleibt dabei zu oft auf der Strecke. Ich sage damit nicht, das Funktionswissen schlecht ist, doch es ist vergänglich. Die Schülerinnen und Schüler sollten auch vermittelt bekommen, was „Bildungswissen“ überhaupt ist. Denn sie lernen nicht, um bei Günther Jauch vor einem Millionenpublikum bestehen zu können oder um beim nächsten Bewerbungsgespräch zu punkten, sie lernen, um die Welt zu verstehen und auch, um sie mitgestalten zu können. Und gerade das sollte Liberalen am Herzen liegen. Gesellschaftlich brauchbar ist nicht nur das, was dem Profit eines Unternehmens nützt. Gesellschaftlich brauchbar sind auch die Werte, die ein Mensch in sich trägt. Und das Lateinische hilft, demokratische Werte zu vermitteln und zu festigen.

Vielleicht ist Latein doch nicht so tot, wie alle sagen.



BENITA HENNING (20) studiert Sozialwissenschaften und Latein an der Universität Bielefeld und musste sich schon viel zu oft Sätze wie „Wozu studierst du Latein?“, „Das wird doch eh bald abgeschafft.“, „Latein braucht doch niemand.“ anhören. Sie ist Mitglied des Landesverbandes NRW. Ihr erreicht sie unter benita-henning@freenet.de

Religionsunterricht bedeutet Identitätsfindung



„Religionsunterricht soll zu verantwortlichem Denken und Verhalten im Hinblick auf Religion und Glaube befähigen.“ Dieses Ziel beschloss die Würzburger Synode der bundesdeutschen katholischen Bistümer 1974 und vollzog damit eine klare Trennung: Die Katechese, also die Unterweisung in die Lehre und den Ritus der katholischen Kirche, findet nur in den Kirchengemeinden statt. Der schulische Religionsunterricht hingegen setzt sich kritisch mit Bibel, Kirchenehre und -geschichte auseinander und befähigt Schülerinnen und Schüler, sich eine eigene Meinung über das katholische Christentum zu bilden.

Der konfessionelle Religionsunterricht an staatlichen Schulen ist also kein Instrument der staatlichen Missionierung. Er eignet sich nicht, um junge Menschen an die Religion ihrer Eltern zu binden. Im Gegenteil erreicht er auch dann sein Ziel, wenn sich ein Schüler, durch den Religionsunterricht umfassend informiert, gegen Glaube und/oder Kirche entscheidet.

Gerade darin liegt die Stärke des deutschen Modells: Religionsunterricht hilft jungen Menschen zur Selbstfindung im Kontext ihrer eigenen Religion. Wenn es Auftrag der Schule ist, Schülerinnen und Schüler zu selbstbestimmten Teilnehmern der demokratischen Gesellschaft heranzubilden, kann Religionsunterricht nicht fehlen. Schule darf kein religionsfreier Raum sein, da es unsere Gesellschaft auch nicht ist. Junge Menschen, die ihre persönliche Identität finden wollen, müssen sich auch mit der Religion ihrer Eltern auseinandersetzen.

Allerdings können Menschen nicht neutral über Religionen sprechen, weil sich religiöse Fragen nicht unabhängig von eigenen Wertvorstellungen artikulieren und bewerten lassen. Ein Religionsunterricht mit dem Anspruch, eigene Lebensentwürfe zu diskutieren, sich in Bezug zur eigenen Religion zu setzen und unberechtigte Absolutheitsansprüche religiöser Institutionen aufzudecken, kann daher nur konfessioneller Natur sein.

Unbestritten bleibt, dass im heutigen Schulsystem die großen christlichen Kirchen strukturell bevorzugt werden, sowohl gegenüber anderen

Religionsgemeinschaften als auch gegenüber der nichtreligiösen Bevölkerung. Dabei wäre es für junge Menschen in Deutschland, die nicht christlich sind, einer anderen als der beiden großen Kirchen angehören oder sich zu gar keiner Religion bekennen, genauso wichtig, die religiöse Dimension ihrer Identität herauszubilden. Nur durch kritische Auseinandersetzung kann der eigene Standpunkt zur von den Eltern geerbten Religiosität oder Nicht-Religiosität gefunden werden.

Zum einen muss daher Religionsunterricht vom Privileg der großen Kirchen befreit und auf eine allgemeine Grundlage gestellt werden. Statt in Konkordaten und Staatskirchenverträgen muss ein Gesetz transparente Verfahren festlegen, nach denen Religionsgemeinschaften konfessionellen Religionsunterricht anbieten können. Es muss für kleine Religionsgemeinschaften nachvollziehbar sein, welche Schritte erforderlich sind zur Einrichtung theologischer Lehrstühle, zur Ausbildung von Religionslehrern und zum Einführen des eigenen Religionsunterrichts, statt wie bisher vom Wohlwollen der Landesregierungen abzuhängen.

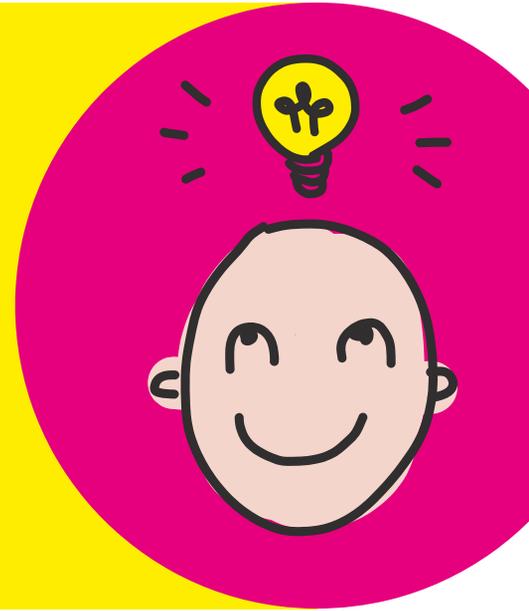
Zum anderen darf kein Druck auf nichtreligiöse Schüler bestehen, an konfessionellem Religionsunterricht teilzunehmen. Daher darf Religionsunterricht nur in einem Wahlpflichtbereich mit einem bekenntnisungebundenen Fach angeboten werden. Solcher Ethik- oder Philosophieunterricht muss dabei eine vollwertige Alternative sein, mit ordentlich ausgebildeten Lehrern und einem didaktisch vollständig ausgearbeiteten Lehrplan. Jeder Schüler muss, auch wenn er einer Religionsgemeinschaft angehört, frei aus den Alternativen auswählen können.



JOSCHA KNOLLE (24) kommt aus Göttingen, hat seine mündliche Abiturprüfung im Fach katholische Religion abgelegt und beginnt demnächst eine Promotion in der Teilchenphysik. Er ist Programmierer der JuLis Göttingen und leitet den BAK Bildung & Innovation. Ihr erreicht ihn unter knolle@julis.de

Es geht um Wissen, nicht um Glauben!

Religionsunterricht aus Schulen verbannen



Deutschlandweit gibt es mehr als 100 Religionsgemeinschaften. Nur drei von ihnen nehmen die Möglichkeit wahr, konfessionellen Religionsunterricht an Schulen zu erteilen. Diejenigen, die es allerdings tun, greifen damit in die weltanschauliche Neutralität staatlicher Bildungseinrichtungen ein. Schulen sind in jedem Fall verpflichtet, politische Präferenzen aus dem Unterricht heraus zu halten.

Dementsprechend wird in Politik und Geschichte auch nicht das Bekenntnis zur Sozialdemokratie vermittelt und auch in einem Schulfach Wirtschaft, welches von Liberalen immer wieder gefordert wird, würde nicht die Marktwirtschaft als das beste aller Systeme propagiert, sondern ein neutraler Blick über verschiedenste Wirtschaftsmodelle gegeben. Nur bei der Religion machen wir eine historisch begründete Ausnahme.

Welche Gründe sprechen für konfessionellen Religionsunterricht an Schulen? Ungeschickte Befürworter führen die christliche Tradition Deutschlands ins Feld. Andere nutzen die „Es war doch schon immer so“-Argumentation oder verkünden: „Mir hat es auch nicht geschadet.“ Manche sind aber geschickter und behaupten, dass man so die Religionsgemeinschaften besser kontrollieren und insbesondere mit Blick auf den Islam einer Radikalisierung von Kindern sogar vorbeugen könnte, wenn Religion an Schulen und nicht in Koranschulen unterrichtet würde.

Diese Annahme ist weit gefehlt, denn Religionslehrer werden von den Religionsgemeinschaften bestellt und vermitteln alles andere als einen neutralen Blick auf die selbige. In dieser Theorie wäre es also zumindest wünschenswert, wenn auch liberale Islamverbände Religionsunterricht geben dürften. Damit gäbe es dann mindestens vier unterschiedliche, durch Konfessionen geprägte Unterrichtsfächer an Schulen. Um allerdings die gebotene staatliche Neutralität zu wahren, müssten auch weitere Religionsgemeinschaften den Zugang zum Unterricht an staatlichen Schulen erhalten.

Um das Ziel der Radikalisierungsprävention und der Toleranz gegenüber Andersgläubigen zu erreichen, ist der konfessionelle Religionsun-

terricht ohnehin nicht geeignet, da er ja genau die Aufgabe hat, lediglich die eigene Konfession und ihre Werte zu vermitteln. Auch wenn über andere Religionen gesprochen wird, werden diese nicht neutral dargestellt. An die Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts sollte also zukünftig ein weltanschaulich neutraler, religionswissenschaftlicher Unterricht über Religionen, Ethik und Kultur treten. In diesem soll wertneutral ein Überblick vermittelt werden – wie es eben auch im Politik- oder Wirtschaftsunterricht geschehen sollte.

Wie bereits einige europäische Nachbarländer – Luxemburg hat Mitte September 2016 den Religionsunterricht an staatlichen Schulen abgeschafft – sollte auch Deutschland endlich einen Schritt in die Zukunft wagen und staatliche Neutralität, auch an den Schulen, herstellen. In den USA gibt es übrigens auch keinen konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Dennoch – oder gerade deshalb – sind die dortigen Religionsgemeinschaften enorm stark. Jedenfalls muss uns allen eines klar sein: An Schulen geht es um Wissen, nicht um Glauben!



PATRICK GUIDATO (31) kommt aus Bochum, hat in Biochemie promoviert und arbeitet als Referent für Technologietransfer an einem Leibniz-Institut. Bei den JuLis NRW hat er bis vor kurzem den LAK Bildung geleitet und ist nun Unterausschussleiter im BAK Bildung & Innovation. Ihr erreicht ihn unter patrick.guidato@julis.de

Wichtig ist, was am Ende rauskommt!

Wege für die Vereinbarkeit von vergleichbaren Abschlüssen und individueller Ausbildung

Egal ob am Gymnasium oder der Gesamtschule, ob in acht oder neun Jahren – mittlerweile gibt es nicht mehr nur den einen Bildungsweg, sondern viele verschiedene Arten, das Abitur in Deutschland zu erlangen. Doch an das Abitur haben wir den Anspruch, dass es vergleichbar ist, weil mithilfe der Abiturnote über Zukunftschancen entschieden wird. Ganz gleich, ob man sich an einer Universität oder für einen Ausbildungsplatz bewirbt, in Deutschland wird immer noch viel Wert auf Abschlussnoten gelegt. Mit einem bundeseinheitlichen, 900 Punkten umfassenden Abitur wollten die Länder die Vergleichbarkeit des Abiturs erhöhen. Die Berechnung der Gesamtnote unterscheidet sich jedoch deutlich.

Während man in Hamburg die Abiturprüfung an den drei Fachsäulen orientiert, muss man in Nordrhein-Westfalen das Abitur in seinen zwei Leistungskursfächern schreiben. Davon unterscheidet sich nochmal die bayerische Prüfungsordnung, die fünf Prüfungsfächer festlegt. Auch unterscheiden sich die Voraussetzungen, welche Fächer aus der Oberstufe eingebracht werden müssen und dürfen. Ob das Abitur in Bayern oder in Hamburg schwerer oder leichter ist, ist letztendlich irrelevant. Das Problem ist, dass zurzeit in jedem Bundesland das Abitur unter anderen Voraussetzungen erteilt wird.

Gleiches Abitur, aber für jeden Schüler individuell?

Unter dieser nur scheinbaren Vergleichbarkeit werden aber Zukunftschancen vergeben. Sei es an der Hochschule oder in der Ausbildung – vielerorts ist der Numerus Clausus das entscheidende Kriterium, ob jemand angenom-



men wird oder nicht. Als Liberale wollen wir Leistungsgerechtigkeit. Es darf demnach nicht davon abhängen, in welchem Bundesland man sein Abitur gemacht hat. Das einzige Argument, das zählt, sind die persönlichen Fähigkeiten des Bewerbers. Die logische Folge hieraus wäre eine Bundesschulverwaltung.

Wir legen jedoch nicht nur Wert auf die Vergleichbarkeit von Abschlüssen. Die Schule soll aus dem einzelnen Schüler das maximale Potential herauskitzeln. So unterschiedlich wie die Menschen sind, so unterschiedlich sind auch ihre Fähigkeiten. Ein zukünftiger hervorragender Jurist kann an linearer Algebra verzweifeln, während dem späteren Programmierer möglicherweise der analytische Zugang

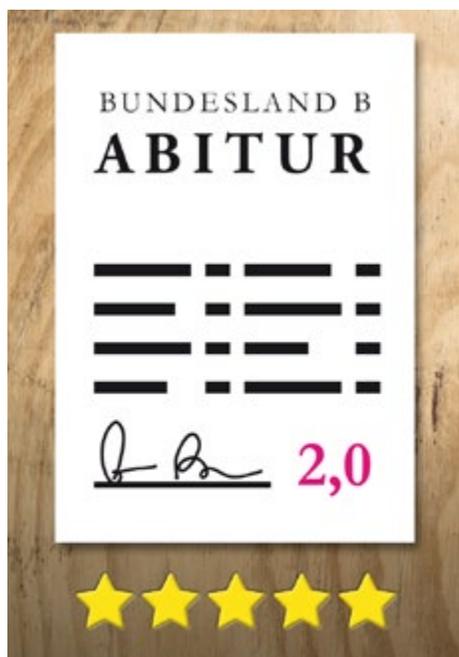
zur Lyrik des 19. Jahrhunderts schwerer fallen mag. Gerade deswegen sollte die Ausbildung am Schüler ansetzen und nicht am System.

Gleiches Abitur, aber für jeden Schüler individuell? Zwei Forderungen, die sich zunächst so anhören, als würden sie einander ausschließen. Machen wir uns nichts vor, eine allumfängliche Bewertung eines Schülers, die seine vollständigen persönlichen Fähigkeiten berücksichtigt, ist schlichtweg nicht möglich. Die normative Macht des Faktischen setzt der Prüfung Grenzen, denn ab einem gewissen Punkt schafft die weitere Ausdifferenzierung der Prüfung bürokratische Hürden, die nicht mehr im Verhältnis zum Mehrwert stünden. Vorteil des Bundesabiturs wäre, dass die individuelle Förderung nicht darunter leidet, weil dasselbe Problem auch für die Länderprüfungsordnungen besteht.

Ausbildung und Abschluss als Einheit?

Das Problem der derzeitigen Bildungssituation ist, dass wir Ausbildung und Abschluss immer als Einheit betrachten. Das mag vom Grundgedanken her auch richtig sein. Nach der Ausbildung folgt ein Abschluss, der einem die erlangten Fähigkeiten bescheinigt. Jedoch folgt aus diesem Zusammenhang noch nicht, dass Ausbildung und Abschluss strukturell und organisatorisch eine Einheit bilden müssen. Es wäre beispielsweise denkbar, dass die Ausbildung an der Schule erfolgt, die Prüfung aber, ähnlich wie im juristischen Staatsexamen, von einer staatlichen Stelle abgenommen wird. Durch diese Trennung wäre es möglich, dass die schulische Ausbildung weiterhin in die Kompetenz der Länder fällt, die Prüfung könn-

te jedoch als zustimmungsbedürftige Kompetenz des Bundes ausgestaltet werden. Die Trennung würde es erlauben, dass die Ausbildung auf Landesebene immer noch individuell ausgestaltet werden kann und dass ein einheitlicher Abschluss geschaffen wird. Problem an dieser Lösung ist natürlich weiterhin, dass durch den Zuschnitt auf bestimmte Fächer in der Prüfung, persönliche Fähigkeiten möglicherweise nicht mehr berücksichtigt werden. Um diesen Missstand zu beseitigen, müssen wir unser Verständnis vom Abitur verändern. Derzeit ist das Abitur der einzige Kompetenznachweis, der verlangt wird. Wenn nun aber das Abitur als Grundfähigkeitsbescheinigung verstanden wird, ein Hochschulstudium zu absolvieren, könnte dies gleichzeitig noch um weitere Leistungsnachweise ergänzt werden.



So könnte ein Schüler bei seiner Bewerbung das extern geprüfte Abitur plus die Leistungsübersicht seiner Schule einreichen. Ob und wie Betriebe oder Universitäten dies neben dem Abitur noch berücksichtigen, bleibt natürlich ihnen überlassen.

Dadurch, dass wir auf einer anderen Ebene prüfen, wird die schulische Ausbildung aber noch kein Stück individueller für den Schüler gestaltet. Meiner Meinung nach gehört die Verantwortung für Bildung in die Hände der Schüler, der Eltern und der Pädagogen und nicht in die von Politikern und wechselnden Mehrheiten. Aufgabe der Regierung ist es nicht in jeder Legislaturperiode ein neues Schulmodell auszutesten, sondern Rahmenbedingungen für gute

Bildung zu schaffen und nicht ideologische Grabenkämpfe auf dem Rücken der Schüler zu führen.

Mehr Freiheit wagen?

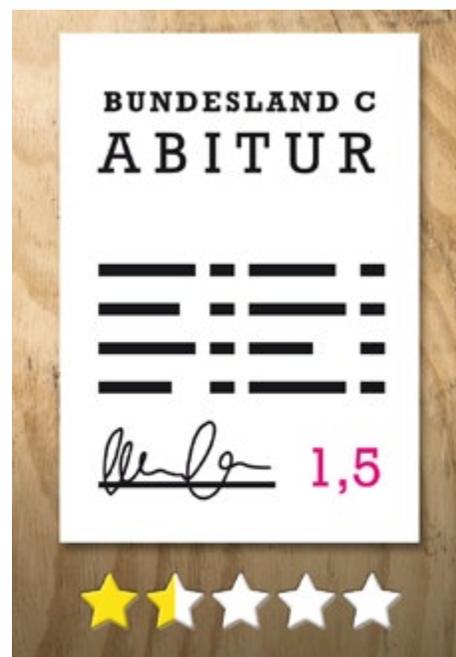
Ein individuelles Schulsystem zeichnet sich dadurch aus, dass es zum einen den Schülern weitgehende Wahlfreiheit in der Schwerpunktsetzung lässt, jedoch auch eine Durchlässigkeit der Schulen garantiert. Denn die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Schule darf kein Einschnitt in die persönliche Bildungsbiographie sein, sondern muss die aktuell bestmögliche individuelle Förderung sicherstellen, ohne den späteren Wechsel auf eine andere Schule zu erschweren. Dafür müssen die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Schüler auf den verschiedenen Ebenen in möglichst eigenverantwortlichen Bildungsinstitutionen die besten Ergebnisse erreichen können.

Eine Möglichkeit wäre die Wahlfreiheit der Kurse. Nicht mehr die Schule, sondern der Schüler bestimmt, was er wann lernen möchte. Zur Vorbereitung auf die Prüfung ist es jedoch erforderlich, dass auch ein gewisses Maß des Curriculums verpflichtend ist. Zur Zulassung für die Abiturprüfung wäre dann eine gewisse Anzahl an belegten Kursen in bestimmten Fachbereichen erforderlich. Vorteil dieser Regelung wäre auch, dass man den Schülern fachspezifisch helfen kann. Ein Schüler, der durch Mathe durchfällt muss dann nicht mehr das ganze Schuljahr, sondern nur seinen Problembereich wiederholen. Mit diesem Modell kann jeder Schüler selbst über seinen Bildungserfolg entscheiden oder anders gesagt, er kann entscheiden, wie lange er für sein Abitur braucht. Bei einer Wahlfreiheit für G8 oder G9 hat man sich einmal entschieden und bleibt an seiner Wahl bis zum Ende haften. Im Wahlsystem könnten die Schüler sich die Belastung selbst einteilen und auch über die Jahre die Belastung variieren lassen. Wünschenswert wäre es zudem, wenn länderübergreifend die Voraussetzungen gleich geregelt sind, um Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu vereinfachen.

Verschiedene Schulen könnten verschiedene Schwerpunkte in verschiedenen pädagogischen Herangehensweisen entwickeln. Als Liberale sollten wir keinem Schulsystem und keiner ideologischen Struktur einen Vorzug geben. Auch hier setzt sich im Wettbewerb vor Ort das beste Schulangebot durch. Auch für die Universitäten und Betriebe könnte eine solche

Änderung von Vorteil sein. Dadurch, dass es vom Schüler abhängt, wann er die Zulassungsvoraussetzungen für das Abitur erfüllt, werden auch Schüler zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Schule mit dem Abitur verlassen. Somit fällt voraussichtlich nicht immer eine Welle an Schülern im Wintersemester an, sondern streckt sich über das Jahr.

Durch die Trennung von Ausbildung und Abschluss, aber auch durch eine Umgestaltung der bisherigen Ausbildung, wäre es somit möglich, vergleichbare Abschlüsse und eine möglichst individuelle Ausbildung miteinander zu vereinbaren. Strukturreformen in der Schule sind natürlich ein leidiges Thema, weil jede Partei am Schulsystem bauen möchte. Wir müssen uns jedoch nicht aus diesem Grund an unsere bestehenden Strukturen in der Schule



klammern. Denn es ist nicht wichtig, wie die Schüler zum Abitur kommen, sondern was am Ende rauskommt!



CARL CEVIN-KEY COSTE (20) ist

Landesvorsitzender der JuLis Hamburg. Er studiert Jura und ist Mitarbeiter der FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft in den Bereichen Familie, Kinder, Jugend, Sport und Ganzttag. Ihr erreicht ihn unter coste@julis.de



Du lernst nicht für die Schule, du lernst für das Leben!?

PRO

Wir lernen für das Leben, nicht für die nächste Prüfung!

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“ So lautet der Tweet, den fast jeder irgendwo gelesen hat und den jeder im Inneren bestätigen kann. Nahezu jeder Schüler, der die Schule verlässt, weiß nicht, was er anschließend machen soll. Was sagen meine Noten über meine Schwächen und Stärken aus? Welche Ausbildung oder welches Studium passen zu mir? Wenn ich in der Schule darauf nicht vorbereitet werde, wozu ist sie dann da? In der Schule lernt man nahezu nichts über die alltäglichen Dinge, die ich in meinem späteren Leben benötige.

Ich lerne nichts über Datenschutz in einer digitalisierten Welt und ich lerne nichts über Wirtschaft in einer sozialen Marktwirtschaft. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien stellt das ein großes Problem dar, denn wenn die Schule nicht auf die alltäglichen Dinge des Lebens vorbereitet, muss es die Familie machen. Wenn aber auch die Eltern nichts über Versicherungen, Rechtsansprüche, Altersvorsorge und all diese Dinge wissen, sind diese Kinder dann nicht verloren in einer Welt, die immer komplizierter wird? Wo ist da die von liberaler Seite oft geforderte Chancengleichheit? Wir brauchen endlich ein reformiertes Bildungssystem, in dem es nicht nur darum geht, Allgemeinwissen eingetrichtert zu bekommen, welches ich jeder Zeit bei Wikipedia nachlesen kann, wenn ich es möchte.

Statt dem Auswendiglernen von Daten über Schlachten der vergangen dreitausend Jahre muss an den Schulen endlich Medienkompetenz vermittelt werden. Ein Fach Wirtschaft, in dem ein Grundlagenwissen über unser Wirtschaftssystem vermittelt wird und wie man sich darin am besten orientiert, sollte jeder Schüler in seiner Bildungslaufbahn kennengelernt haben. Auch die statistischen Zahlen zur Überschuldung der Bevölkerung sprechen zu diesem Thema eine klare Sprache. Die sogenannte „junge Überschuldung“, also die Überschuldung von Menschen unter 30 Jahren, ist ein großes Problem. Da ist es doch kein Wunder, dass sich viele junge Menschen fühlen, als würden sie nach der Schule in ein großes Haifischbecken geworfen. Unser Bildungssystem ist viel zu sehr auf das reine Lernen von Zahlen, Daten und Fakten orientiert. Das hat mit dem wirklichen Leben aber nicht viel zu tun. Wir brauchen endlich Schulen, in denen man wirklich für das Leben lernt und nicht wie jetzt, für die nächste Prüfung.



DICKSON JUNIOR (34) ist Mitglied bei den Jus in Kiel und bei der UNICEF Hochschulgruppe Hamburg. Er arbeitet als freier Autor. Ihr erreicht ihn unter golden.forum@web.de



Anfang 2015 gab es mal wieder eine große Diskussion über die Sinnhaftigkeit unseres Bildungssystems. Lernen wir für das Leben oder nur für die Schule? Auch aus der liberalen Familie kommen oft Forderungen, die genau diese Problematik in den Mittelpunkt stellen. Doch Bildung für das Leben, was heißt das eigentlich wirklich? Zwei unterschiedliche Positionen zu dieser Fragestellung lest ihr hier.



Schule ist die „Lehre des Lernens“, nicht die Erziehung zum bevormundeten Konsumenten

Auch wenn das Schulsystem, wie wir es heute vorfinden, verbesserungswürdig ist, haben wir mit dem bestehenden Schulsystem, der dualen Berufsausbildung und den vielfältigen Studiermöglichkeiten ein kompaktes und komplettes Bildungssystem, auf das die meisten Länder neidisch sind. Viele wichtige Dinge des Alltags lernt man aber eben nicht in der Schule. Welche Versicherungen wichtig sind, wie man eine Steuererklärung macht und auf was man bei einem Mietvertrag achten sollte, sind ganz klar Dinge, die entweder in den Aufgabenbereich des Elternhauses fallen oder bestenfalls mit den erlangten Fähigkeiten aus unserem Bildungssystem selbst erarbeitet werden können. Denn genau das ist der Kern in Schule, Ausbildung und Studium – die „Lehre des Lernens“.

Fragt man die Pädagogen in unserem Land, bestätigen sie auch, dass eine deutliche Kurskorrektur in dem Bereich letztlich nur dazu führen würde, Kinder und Jugendliche auf die freie Wirtschaft vorzubereiten. Letztlich wäre das bloß eine Erziehung zum bevormundeten Konsumenten. Das ist das absolute Gegenteil von dem, was wir Liberalen, die ja das Individuum in den Mittelpunkt stellen, wollen. Wir machen uns stark – für mündige Bürger und gegen Bevormundung. Genau aus diesem Grund fordern wir die beste Bildung der

Welt. Diese besteht natürlich aus einem möglichst hohen Allgemeinwissen und der Fähigkeit Texte, Quellen, Berichte und Ähnliches kritisch zu hinterfragen. Natürlich muss der Umgang mit Medien aller Art auch in der Schule behandelt werden. Ob man aber für jede neue Technologie gleich ein neues Fach benötigt, bezweifle ich. Solche Dinge können bequem in den bestehenden Fächerkanon integriert werden. Beispiele dazu gibt es schon zur Genüge.

Am Ende geht es darum, Zeit im Bildungssystem effizient zu nutzen und sich auf die primären Dinge zu konzentrieren und dafür zu sorgen, dass wir die Schüler zu selbst denkenden Wesen erziehen, die sich im Zweifelsfall durch ausreichend Basiswissen in der Welt allein zurechtfinden können.



FELIX SICKER (30) arbeitet nach einer Ausbildung zum Industriemechaniker und einem Maschinenbaustudium als Ingenieur bei einem Lausitzer Energieunternehmen. Er hat eine Tochter, die bei ihm für das Leben lernen soll und nicht in der Schule. Ihr erreicht ihn unter felix.sicker@googlemail.com

Bist du intelligent?

Nein, ernsthaft. Leg den scheiß Artikel weg, und sag mir sofort, ob Du Dich selbst als intelligent bezeichnen würdest. Das ist schließlich eine klare Ja-oder-Nein-Frage; hast Du denn in der Schule gar nicht aufgepasst? Frage > Antwort > fertig. Also?

Nun, um ehrlich zu sein: Ich wüsste nicht, was ich auf diese Frage antworten sollte. Vielleicht könnte ich mich als intelligent bezeichnen, wenn ich geklärt hätte, was Intelligenz für mich bedeutet. Aber gelten diese Maßstäbe dann auch für Dich? Ehrlich gesagt bezweifle ich das. Nennt mich Hippie (oder neudeutsch: Gutmensch), aber wir brauchen eine Debatte über Diversität im Bildungswesen. Die Frage der Intelligenz ist wie die Frage der Bildung nicht mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.

Natürlich ist mir klar, dass Bildung nicht das gleiche wie Intelligenz ist. Ein Bildungssystem hat nicht die Aufgabe, Menschen klug zu machen, sondern Menschen zu bilden. Ihr Wissen zu erweitern. Die Fähigkeit, dieses Wissen anzuwenden, zu verknüpfen, damit zu arbeiten, das ist dann die Intelligenz. Aber wie kann ein Bildungssystem funktionieren, wenn es die Talente und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, also ihre ganz eigene und individuelle Intelligenz, vollkommen außer Acht lässt? Viele, viele Kinder treffen auch in diesem Jahr wieder auf ein einziges Schema, in das sie alle passen sollen. Das kann nicht funktionieren.

Und nein, liebe bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktionen, ich meine damit nicht die Frage danach, ob ein Bildungssystem mehrgliedrig sein soll oder eben nicht. Als JuLi ist man da noch mutiger. Oder naiver. Ich meine etwas viel Grundsätzlicheres: Wie bewerten wir Kinder und ihre Leistungen?

Derzeit läuft es doch so: Wir haben eine Skala. Unten sind die Dummen, oben die Klugen. Jeder will nach oben. Bist Du unten, hast Du verackert. Bist Du oben, steht Dir alles offen. Die Folge: Jedes Kind versucht, im „Spiel Schule“ so gut zu werden, dass es letztlich zu den oberen vierzig Prozent der Skala gehört, ein Abitur bekommt und studieren darf.

Eine Ausbildung ist verpönt.

Wer noch vor zwanzig Jahren seine Erfüllung im Handwerk gefunden hat, studiert nun Neogräzistik – also gelernte Arbeitslosigkeit. Hauptsache studiert. Denn das passiert, wenn wir ein „Oben“ und ein „Unten“ haben. Man will oben sein. Egal, wie sinnvoll das ist.

Wisst ihr was? Wir sollten die Skala wegwerfen. Lasst uns das Ding doch durch ein Spektrum ersetzen. Denn wer mit den Leistungskursen



Kunst, Musik, und Sport (wie es vor einiger Zeit in Brandenburg noch möglich war) einen Singen-Tanzen-Klatschen-Abi-Schnitt von 1,0 geschafft hat, und damit zu „denen da oben“ gehört, der ist noch lange nicht für einen MINT-Studiengang prädestiniert. Es wird Zeit, dieses System, das sich in seinen Grundzügen seit der Industrialisierung nicht mehr verändert hat, auf den Kopf zu stellen. Reformen können wir uns nicht mehr leisten. Wir müssen Bildung neu denken. Und unser Mindset ist ein guter Punkt, damit anzufangen.

Wer sich heute bewusst für eine bestimmte Ausbildung entscheidet, statt notgedrungen den zwölfbesten DoSV-Studiengang anzunehmen, der lebt das, wovon wir immer schwafeln: German Mut. Und er verdient dafür volle gesellschaftliche Anerkennung. Einen ersten Schritt in die richtige Richtung haben übrigens die JuLis aus Niedersachsen vorgelegt, indem sie fordern, dass Azubis ein Äquivalent zum Semesterticket gegeben wird.

Das Problem

Ähnliche programmatische Debatten und Vorstöße haben in der Vergangenheit leider immer wieder Empörung im Bundesfachausschuss für Facebook-Gruppen und Tastenwischer hervorgerufen. Die hieb- und



stichfesten Argumente reichen von „Wen wollen wir denn damit gewinnen?“ bis zum obligatorischen „Uns wählen nun einmal männliche Akademiker!“. Machst du Taktierer. Taktierer everywhere. Überzeugungen? Pustekuchen.

Ulf Poschardt attestierte der FDP kürzlich, ihr würde es an Denkmälern fehlen. Ich behaupte felsenfest das Gegenteil: Wir haben zu viele. Das Boot ist voll. Uns fehlen Macher. Einer der Gründe: Unsere bildungspolitische Programmatik ist nicht im Ansatz interessant für sie. Ein selbstständiger Handwerker mag es begrüßen, dass wir die elendige IHK-Pflichtmitgliedschaft abschaffen wollen, und ihm die Steuererklärung vereinfachen möchten. Aber das, was ihm wirklich an die Existenz geht, das ignorieren wir vollständig.

Nachwuchsprobleme im Handwerk

Gerade in den strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland, also in Ostdeutschland, schließt ein traditionsreicher Familienbetrieb nach dem anderen. Nicht,

weil sie nicht profitabel wirtschaften können, sondern einfach, weil sich niemand findet, der diese weiterführen möchte.

Und wer kann es den jungen Menschen übelnehmen? Wachsen sie doch in einem Bildungssystem auf, das ihnen Unternehmergeist eher abtrainiert und Sicherheit und Risikofreiheit als das non-plus-ultra des Berufslebens verkauft. In der schulischen Bildung ist es wichtig zu kommunizieren, dass ein Studium eben nicht garantiert, dass man einen Beruf findet und dass so mancher Ausbildungsberuf eben auch schlicht und ergreifend besser bezahlt und häufiger nachgefragt ist als das eine oder andere Studium.

Sehr erfolgreiche Unternehmer aus unserer Zeit haben alle möglichen Hintergründe, und waren insbesondere deshalb so gut in dem, was sie taten, weil sie es nicht alleine gemacht haben. Steve Jobs hat nicht den Vertrieb organisiert, und Ralf Dümmel hat keine Produkte entwickelt. Wir müssen aufhören so zu tun, als könne man Unternehmertum studieren. Unternehmer sind alle möglichen Menschen, die ihre jeweilige Expertise in ein Produkt oder eine Dienstleistung gießen. Die Betriebswirtschaftler gehören sicher dazu, aber sie sind eben nicht alleine. Die Vielfalt macht den Erfolg.

Also: Lasst uns einfach mal den Mut haben, an unsere eigenen Phrasen zu glauben, und damit im wahrsten Sinne des Wortes „Schule machen“.



MATTI KARSTEDT (19) hat in diesem Jahr sein Abitur in Brandenburg abgelegt – allerdings nicht mit den Leistungskursen Sport, Musik und Kunst. Er ist Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Brandenburg. Ihr erreicht ihn per Mail unter matti@julius-brandenburg.de

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Jeanine Weiss (jundl@julius.de)

Autoren:
Carl Cevin-Key Coste, Johannes Dallheimer, Sven Gerst, Patrick Guidato, Svenja Hahn, Benita Henning, Dickson Junior, Matti Karstedt, Leonard Kern-Wagner, Joscha Knolle, Christopher Martens, Katharina Schreiner, Felix Sicker, Maria Westphal

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julius.de schicken.

Bildnachweise
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



